

# Grußwort

Potsdam hat das Jahr 2009 zum „Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ erklärt. Im Zentrum dieses Jahres standen drei wichtige Jubiläen für die Stadt: 100 Jahre Potsdam-Museum, 20 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall und eben auch 200 Jahre Stadtverordnetenversammlung. Verbunden sind diese drei Ereignisse durch das im Kern bürger-schaftliche Engagement von Menschen, wobei das Jahr 1989 besonders hervorzuheben ist.

Vom Beginn des Jahres 2009 an haben wir diese drei Termine immer wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Bezogen auf 200 Jahre Stadtverordnetenversammlung heißt das: Es gab zum Beispiel eine Festsitzung der Stadtverordneten, ihr erster Sitzungssaal in der Lindenstraße 54 wurde wieder hergerichtet und es gab ein großes Hoffest im Stadthaus. 7000 Potsdamerinnen und Potsdamer feierten die Stadtverordnetenversammlung nicht nur, sondern nutzten auch die Gelegenheit zu Gesprächen und Erfahrungsaustauschen. In die Reihe dieser Veranstaltungen gehört auch die Fachtagung des Kommunalwissenschaftlichen Institutes der Universität Potsdam. Und natürlich, und das wollen wir nicht vergessen, ist die Stadtverordnetenversammlung auch ihrer normalen demokratischen Tätigkeit nachgegangen, sie hat vorgeschlagen, diskutiert, verworfen oder beschlossen.

Man kann die preußische Städteordnung natürlich auch als eine Sammlung kurioser, zeitbezogener und längst veralteter Ansichten betrachten. Zum Beispiel sind, wie es dort heißt, „Bürger weiblichen Geschlechts“ vom Wahlrecht ausgeschlossen, gab es einen Bürgereid und neben Vollbürgern auch Schutzverwandte und eine Armendirektion. Auch die Sprache ist uns wohl inzwischen ein wenig fremd. Immerhin, den Bürgereid hätte ich als Oberbürgermeister gern wieder.

Dennoch glaube ich, dass mit dieser Städteordnung und mit der Wahl der ersten Stadtverordnetenversammlung im März 1809 auch für Potsdam zwei wichtige Traditionen begründet wurden: die Traditionslinie der Demokratie und die des bürgerschaftlichen Engagements.

Der 20. März 1809 stand nach meiner Überzeugung am Beginn einer Traditionslinie des Kampfes um Demokratie und des Sieges der Demokratie in Potsdam. Denken wir an die Revolution von 1848 und an Max Dortu, dessen 160. Todestag wir in diesem Jahr begangen haben. Denken wir an die Novemberrevolution von 1918. Es jährt sich in diesem Jahr der 60. Gründungstag der Bundesrepublik und der DDR. Wir

erinnern uns der gewaltigen Umbrüche im Herbst 1989, der seit langer Zeit ersten freien Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1990.

Auch eine zweite Traditionslinie, die noch heute in Potsdam gelebt wird, lässt sich aus der Geschichte und aus den Anfängen von 1809 herleiten. Mit der Preußischen Städteordnung erhielten die Bürger einer Stadt nicht nur das Recht der Selbstverwaltung. Festgeschrieben wurden auch zahlreiche Pflichten. Pflichten, die sich auf das bürgerliche, auf das bürgerschaftliche Engagement zugunsten des Gemeinwesens bezogen. Als Beispiel seien nur die Stadtverordneten selbst genannt, die auch damals kein Geld für ihre Tätigkeit bekamen. Ich zitiere den § 115: „Jeder Stadtverordnete wird dagegen durch das Vertrauen, welches die Bürgerschaft, vermöge der auf ihn gefallenen Wahl im bezeugt, in einem hohen Grade geehrt und hat daher unter seinen Mitbürgern auf eine vorzügliche öffentliche Achtung Anspruch.“

Bürgerschaftliches Engagement hat in den letzten 200 Jahren in Potsdam bedeutende Kräfte freigesetzt. Ein Beispiel dafür ist die Gründung des Potsdam-Museums, dessen 100. Geburtstag, wie schon erwähnt, wir in diesem Jahr ebenfalls begehen. Oder betrachten wir ganz aktuell die Diskussionen um die Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, in denen bürgerschaftliches Engagement eine herausragende Rolle spielt.

Es soll dieser Fachtagung und ihren Protagonisten vorbehalten sein, Erkenntnisse aus 200 Jahren Stadtverordnetenversammlung in Potsdam zusammenzutragen, zu bewerten und – wenn möglich – für Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen.

*Jann Jakobs, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam*